SPD

Genossen fürchten Wahl-O-Mat

Die SPD-Spitze wird entgegen früheren Überlegungen darauf verzichten, nur ein Kurzwahlprogramm für die Bundestagswahl vorzulegen. Als Grund nannte Generalsekretärin Andrea Nahles bei einer Vorstandsklausur den „Wahl-O-Mat“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Damit können Interessierte anhand etlicher Fragen herausfinden, welche Partei die eigenen Interessen am ehesten vertritt. Nahles fürchtet, dass ein kurzes Wahlprogramm auf zu viele Fragen keine Antwort bereithielte – und die SPD dadurch bei der Auswertung schlechter abschnitte. Der „Wahl-O-Mat“ gilt gerade für Neuwähler als wichtige Entscheidungshilfe und wurde bei der vergangenen Bundestagswahl 6,7 Millionen Mal genutzt. Nach dem Willen des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück sollte das Wahlprogramm nur rund zehn Seiten umfassen, weil es dadurch verständlicher sei.

IMMOBILIEN

Jagdfeld unter Verdacht

Der Immobilienunternehmer Anno August Jagdfeld steht unter dem Verdacht des Subventionsbetrugs. Die Staatsanwaltschaft Rostock ermittelt gegen den 66-Jährigen, der mit dem Geld seiner Anleger das Berliner Hotel Adlon und das Grand-Hotel Heiligendamm finanzierte. Jagdfeld-Firmen sollen falsche Angaben in Anträgen für Fördergeld gemacht haben. Offenbar ging es um ein nicht realisiertes Projekt in Bad Doberan. Die Staatsanwaltschaft hatte Ende Januar mehrere Jagdfeld-Firmen durchsuchen lassen. Jagdfeld hält die Vorwürfe für „gänzlich unbegründet“. 2005 habe man Förderanträge gestellt, diese aber zurückgezogen; die Angaben in den Anträgen hätten den Tatsachen entsprochen.

UNION

Jeder kämpft für sich allein

Seehofer, Merkel

MARC-STEFFEN UNGER

Die CSU will sich stärker von der Schwesterpartei CDU abgrenzen und in den anstehenden Wahlkämpfen eigene Schwerpunkte setzen. Anders als die CDU will sich die CSU im Wahlkampf unter anderem für die Einführung einer Pkw-Maut für ausländische Autofahrer sowie für Volksabstimmungen bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU und bei neuen europäischen Hilfsprogrammen starkmachen. Außerdem fordert die CSU, dass die Bundesländer selbst über die Höhe der Erbschaftsteuer entscheiden können. Diese Punkte teilte Seehofer der CDU-Vorsitzenden und Kanzlerin Angela Merkel mit. Einig waren sich CDU und CSU beim Strategietreffen der Partei- und Fraktionsspitze vorigen Donnerstag darüber, der SPD und den Grünen weniger Angriffsfläche bieten zu wollen. Dazu sollen einige umstrittene Themen in den nächsten Monaten aufgegriffen werden, etwa die sogenannte Mütterrente. Zudem soll die Einführung eines Mindestlohns ins Wahlprogramm aufgenommen werden und unter Federführung des Kanzleramts ein Konzept gegen Mietsteigerungen in Ballungszentren entstehen.